

BLZK-Gespräch mit Ministerpräsident Beckstein

Gesundheitsfonds und Gebührenordnung sind zentrale Themen

Unmittelbar vor der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth führten BLZK-Präsident Michael Schwarz, Vizepräsident Christian Berger und Hauptgeschäftsführer Peter Knüpper in der Münchner Staatskanzlei ein Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Günther Beckstein (CSU). Thema war – neben dem Dauerbrenner Gesundheitsfonds – die Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ), die derzeit vom Bundesministerium für Gesundheit vorbereitet wird.

In dem fast zweistündigen Gespräch bekannte sich der bayerische Ministerpräsident erneut und ausdrücklich zur Freiberuflichkeit. Unter Hinweis auf seine frühere Tätigkeit als Rechtsanwalt stellte er klar, dass für die bayerische Staatsregierung die Freien Berufe ein zentrales Element des dynamischen Mittelstands sind. Von seiner Regierung könne man daher zu Recht erwarten, dass sie sich für die freie Berufsausübung stark mache. Dies betreffe insbesondere den Bürokratieabbau, der künftig eine noch wichtigere Rolle spielen müsste.

Massiver Widerstand gegen Honorareinbußen

Zum leidigen Thema Gesundheitsfonds machte Beckstein erneut die Position seiner Staatsregierung deutlich: So lange das Bundesgesundheitsministerium wichtige Hausaufgaben nicht gemacht habe, wie zum Beispiel die Erarbeitung eines Morbiditäts-Risikostrukturausgleichs oder zur Frage regionaler Belastungen für einzelne Bundesländer nicht umfassend Stellung nehme, müsse hinter die Umsetzung des Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 ein dickes Fragezeichen gemacht werden. Beckstein verwies auch auf die Forderung seiner Partei, die Vergütungsreform so zu gestalten, dass bei den niedergelassenen Vertragsärzten und -zahnärzten das bisherige Honorarvolumen nicht verloren gehe und im weiteren Verlauf ein Vergütungszuwachs eröffnet werde.

Ministerpräsident Beckstein verlangte ebenso wie der Vorsitzende der CSU, Staatsminister Erwin Huber, von der Bundesregierung, dass die im GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) normierten Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Ge-



Foto: BLZK

BLZK-Präsident Michael Schwarz (rechts) mit dem ehemaligen Freiberufler und heutigen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein

sundheitsfonds von der Bundesregierung und insbesondere dem Bundesgesundheitsministerium vereinbarungs- und gesetzeskonform umgesetzt werden. In einem offenen Brief an alle niedergelassenen Ärzte in Bayern sprechen sich die beiden CSU-Politiker dafür aus, den Fonds zu verschieben, sollte nicht rechtzeitig vor dem Inkrafttreten Klarheit über seine finanziellen Auswirkungen geschaffen werden.

Besonderen Stellenwert in dem Gespräch zwischen Kammerpräsidium und Ministerpräsident nahm das Thema Gebührenordnung ein. Sowohl Kammerpräsident Schwarz als auch Vizepräsident Berger äußerten die Sorge, dass das Bundesgesundheitsministerium eine Nivellierung der Einkommen im Zahnärzteebereich plane. Hiergegen forderten beide den Widerstand der Bundesländer im Bunderrat; eine neue GOZ wäre zustimmungspflichtig und insofern an das Votum der Bundesländer gekoppelt. Wie bereits in den vorangegangenen Gesprächen, unter anderem mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Ramsauer, kündigten Schwarz und Berger massiven Protest der bayerischen Zahnärzteschaft an, falls es nach 20 Jahren Stillstand der Angleichung der GOZ an den Bewertungsmaßstab (BEMA) künftig zu Honorareinbußen komme.

Redaktion